

Damit der Wohnort auch ein Wohl-Ort ist

Autor(en): **Zürcher, Maria Luisa**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **102 (2005)**

Heft 4

PDF erstellt am: **20.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840682>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweizerischer Gemeindeverband

Damit der Wohnort auch ein Wohl-Ort ist

Armut, Arbeitslosigkeit, Migration – gesellschaftliche Probleme sind dort am stärksten spürbar, wo die Menschen leben: in den Gemeinden. Der Schweizerische Gemeindeverband setzt sich für ihre Anliegen ein.

Die Gemeinden und Städte sind gefordert. Sie haben sich all jener Personen anzunehmen, die im Dorf, im Quartier, in der Gesellschaft nicht für sich sorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind. Oft leben diese Personen oder Familien in der Anonymität, hilflos ohne soziale Netze. Hin und wieder tauchen sie als Familientragdienen oder Jugenddramen in den Schlagzeilen auf. Und die Behörden sehen sich immer vor die gleiche Frage gestellt: Hätte die Gemeinde, hätte die Stadt dies verhindern können?

Öffentliche Dienste schaffen

Damit diesen Personen geholfen werden kann und ein friedliches Zusammenleben in der Gemeinde möglich ist, müssen die Kommunalbehörden handeln. Dies reicht von einer aktiven Informationspolitik bis hin zu einem bestimmten Angebot an kundenfreundlichen, leistungsfähigen sozialen Dienstleistungen, wie beispielsweise Sozial-, Spitex-, Kinderbetreuungs-

und allgemeine Beratungsdienste. Oft können Gemeinden aus finanziellen und organisatorischen Gründen solche Dienstleistungen nicht für sich alleine realisieren. Deshalb wird eine Zusammenarbeit unter den Gemeinden, oft auch mit Kanton und Bund notwendig. Der Schweizerische Gemeindeverband engagiert sich in verschiedenen Gremien mit dem Ziel, solche Dienstleistungen flächendeckend anzubieten. Weiter trägt er dazu bei, dass ein Informationsaustausch auf diesem Gebiet unter den Mitgliedern stattfindet. Innerhalb der Tripartiten Agglomerationskonferenz setzt sich der Verband gemeinsam mit andern Partnern mit verschiedenen Modellen zur Verbesserung der horizontalen und vertikalen Zusammenarbeit auseinander. Ziel ist, die öffentlichen Dienstleistungen zu optimieren.

Ein Wohn-Ort für alle

Die Aufnahme einer zugezogenen Person in der Wohngemeinde ist nach wie vor eine prioritäre Aufgabe des Gemeinwesens – aber nicht die einzige. Besonders bei Personen aus fremden Kulturen werden oft kulturelle Unterschiede sichtbar. Manchmal stellt sich heraus, dass sich ganz banale, alltägliche Begebenheiten am Wohnort zu Stolpersteinen entwickeln können. Dies kann bereits bei der Entsorgung des Abfalls zum Ausdruck kommen. Die Mobilität der heutigen Gesellschaft bedingt eine konkrete Informationspolitik der Gemeinde, damit sich die Neuzuzügerinnen und -zuzüger an ihrem Wohnort zurechtfinden. Deshalb bieten Gemeinden zunehmend Bildungsveranstaltungen an mit dem Ziel, die Gemeinde und ihre Dienstleistungen den neuen Mitbewohnerinnen und -bewohnern näher zu bringen. Mit seiner Informationspolitik versucht der Verband seine

SCHWEIZERISCHER GEMEINDEVERBAND

Schweizerischer
Gemeindeverband

Association des
Communes Suisses



Associazione dei
Comuni Svizzeri

Associazioni da las
Vischnancas Svizras

Der Schweizerische Gemeindeverband ist ein privatrechtlicher Verein, politisch und konfessionell neutral. Seine Gründung erfolgte im Jahre 1953. Ihm gehören mehr als 70 Prozent der Gemeinden und Städte an. Kleine und mittlere Städte sind teils auch beim Schweizerischen Städteverband angeschlossen. Dies verpflichtet die zwei Verbände zur Kooperation. Der Verband engagiert sich auf Bundesebene für die Anliegen der Gemeinden und Städte. Zudem hat er zum Zweck, die Sachkompetenz, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit seiner Mitglieder zu fördern.

In den Anfangsjahren des Verbandes stand der Aufbau von verschiedenen Dienstleistungen im Vordergrund (z.B. Pensionskasse für die Gemeinden). Die gesellschaftlichen Entwicklungen seit den 90er-Jahren bestimmen heute die kommunale Sozialpolitik. Dementsprechend setzt auch der Verband seine Prioritäten.

Mitglieder für diese neuen Bedürfnisse zu sensibilisieren und mit guten Beispielen zur Nachahmung zu motivieren. Denn eine verfehlte Integrationsarbeit muss oft später mit viel grösserem Aufwand für alle Beteiligten nachgeholt werden. Deshalb hat der Schweizerische Gemeindeverband zusammen mit dem Schweizerischen Städteverband Empfehlungen an Gemeinden und Städte abgegeben und dazu aufgerufen, kommunale Anlaufstellen für Integrationsanliegen zu schaffen.

Dieses Angebot richtet sich besonders an jene Personen, die am Anfang nebst den üblichen Informationen auf eine professionelle Begleitung angewiesen sind, damit die Integration in Gesellschaft und Arbeitswelt gelingt.

Familien ohne Armut

Der Gemeindeverband hat sich in den letzten Jahren für die Bekämpfung der Familienarmut eingesetzt. Er engagierte sich dabei einerseits im Rahmen der Konferenz der Kantonalen Sozialdirektoren und -direktoren und andererseits mit entsprechenden Interventionen im nationalen Parlament. Sind in städtischen Gebieten vor allem Einelternhaushalte mit Kindern von Armut betroffen, so sind es im ländlichen Raum und Berggebiet hauptsächlich Paarhaushalte mit mehreren Kindern. Viele Eltern müssen den Sozialdienst aufsuchen, weil die Familienarbeit oder die schlecht bezahlte Berufsarbeit sie dazu zwingen. Möglichkeiten für die Kinderbetreuung im Vor- oder Schulalter fehlen weitgehend – die Betroffenen leben in einer nicht kinderfreundlich organisierten Umwelt.

Abwanderung verhindern

Im ländlichen Raum und Berggebiet kommt hinzu, dass sowohl Vollzeitarbeitsstellen als auch Teilzeitstellen nur beschränkt vorhanden und teils von der Saison oder vom Tourismus abhängig sind. Auch an diesen Orten funktioniert die Betreuung von Kleinkindern durch Grosseltern oder durch die Nachbarschaft nicht mehr. Es sind aber gerade diese Zusatzeinkommen, die den Gang zur Sozialhilfe

oder die Abwanderung verhindern können. Die Gefahr der Abwanderung in die Städte und Agglomerationen verstärkt sich daher. Das hat Folgen für die Land- und Berggebiete sowie für die Agglomerationen. Der Verband engagiert sich deshalb für eine Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten von Kindern und für ausreichende finanzielle Unterstützung bedürftiger Familien im Rahmen von Ergänzungsleistungen.

Arbeit für alle

Personen ohne Arbeit leben heute in jeder Gemeinde und Stadt. Alleine können die Kommunen die Probleme nicht lösen, deshalb setzt sich der Verband im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens auf Bundesebene dafür ein, dass zu den Lösungen vor Ort zusätzliche Massnahmen zur Arbeitsintegration geschaffen werden: im Rahmen der 5. IV-Revision, der Arbeitslosenversicherung, der neuen SKOS-Richtlinien und weiterer rechtlicher Grundlagen. Der Verband wendete sich aber auch direkt an seine Mitglieder. So hat er zusammen mit dem Schweizerischen Städteverband und dem Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) im Frühjahr 2005 die Gemeinden und Städte aufgerufen, einen Beitrag zur Linderung der Jugendarbeitslosigkeit zu leisten. Das Ziel war, 3000 Jugendlichen einen Praktikumsplatz in einer öffentlichen Verwaltung oder in einem privaten Unternehmen zu verschaffen, damit sie Erfahrung in der Berufswelt sammeln und so schneller in die Arbeitswelt integriert werden können.

Ein Verband als Partner

Gemeinden und Städte sind in Zeiten zunehmender Mobilität, Migration, Überalterung und Unwetterkatastrophen dauernd gefordert. Denn an der Front werden die

Probleme zuerst sichtbar. Deshalb ist es wichtig, dass Gemeinden und Städte als Kommunalverbände dem Bund gegenüber als Partner

«Manchmal können banale Begebenheiten wie die Abfallentsorgung das Zusammenleben stören.»

aufzutreten – auch wenn Bundeslösungen mit einer gewissen Verzögerung folgen. Ein Engagement des Verbandes für faire, solidarische Lösungen ist weiterhin gefragt.

Maria Luisa Zürcher

Stv. Direktorin
des Schweizerischen
Gemeindeverbandes

PLATTFORM

Die ZeSo bietet wechselnden Partnerorganisationen eine Plattform an: zwei Seiten für ein Thema ihrer Wahl. Diesmal der Schweizerische Gemeindeverband.